



© Adam Patterson

# EIN WIRTSCHAFTS- SYSTEM FÜR ALLE

## Auswege aus der Ungleichheitskrise

Die acht reichsten Personen besitzen nach neuesten Schätzungen zusammen genauso viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Vermögens- und Einkommenswachstum kommen derzeit vor allem den Reichen zugute. Die ärmere Bevölkerung profitiert kaum. Diese Entwicklung betrifft uns alle: Denn Ungleichheit bedroht die Stabilität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaften und bildet einen Nährboden für populistische Bewegungen.

Die Alternative liegt auf der Hand: Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, in dem Menschen wichtiger sind als Profite. Dazu bedarf es Regierungen, die weitsichtig im Interesse des Gemeinwohls und der sozialen Menschenrechte handeln, Unternehmen, die die Anliegen der Mehrheit ihrer Angestellten in den Mittelpunkt stellen, und die – wie auch Superreiche – ihrer sozialen Verantwortung nachkommen und gerechte Steuerbeiträge zum Wohl der Gesellschaft leisten.

### 1. REICH VERSUS ARM: EIN UNGEKANNTES MASS SOZIALER UNGLEICHHEIT

Das Ausmaß sozialer Ungleichheit hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. Dies belegt der anlässlich des Weltwirtschaftsforums 2017 in Davos veröffentlichte Oxfam-Bericht „An Economy for the 99%“.<sup>1</sup>

- Im Jahr 2016 besaßen die acht reichsten Personen der Welt – alles Männer – zusammen 426 Milliarden US-Dollar.<sup>2</sup> Demgegenüber verfügte die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – 3,6 Milliarden Menschen – gemeinsam über 409 Milliarden US-Dollar.<sup>3</sup>
- Das reichste Prozent der Weltbevölkerung allein verfügt – wie schon im Vorjahr – über mehr als die Hälfte des globalen Vermögens.



**OXFAM**  
Deutschland

- Auch Einkommenszuwächse sind extrem ungleich verteilt. Das Jahreseinkommen der ärmsten 10 Prozent der Weltbevölkerung ist zwischen 1988 und 2011 um insgesamt 65 US-Dollar pro Person gestiegen.<sup>4</sup> Das oberste Prozent verzeichnete in dieser Zeitspanne eine Einkommenssteigerung von 11.800 US-Dollar.<sup>5</sup>
- In den letzten 25 Jahren hat das oberste Prozent der Spitzenverdiener/-innen höhere Einkommenszuwächse erzielt als die gesamten unteren 50 Prozent der Einkommensskala zusammen, und fast 46 Prozent der Einkommensgewinne gingen an die oberen 10 Prozent der globalen Spitzenverdiener/-innen.<sup>6</sup>

### Ungleichheit in Deutschland

Auch die Bundesrepublik ist von Ungleichheit gekennzeichnet und verzeichnet eine der höchsten Vermögenskonzentrationen in Europa:

- Das reichste Prozent der Deutschen besitzt 31,5 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland.
- Die reichsten 10 Prozent verfügen gemeinsam über fast zwei Drittel (65 Prozent) des Gesamtvermögens.
- Die ärmeren 50 Prozent verfügen dagegen zusammen über nur knapp 2,4 Prozent des gesamten Vermögens.
- In Deutschland vereinen nur 36 Milliarden so viel Vermögen auf sich, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung von 41 Millionen Menschen zusammen.<sup>7</sup>
- Auch Einkommensungleichheit verharrt hierzulande auf einem hohen Niveau.<sup>8</sup>

## VON 62 ZU 8 – UNSERE ZAHLEN

*Im letzten Jahr berechnete Oxfam, dass die reichsten 62 Milliardäre zusammen über mehr Vermögen verfügen als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. In diesem Jahr ist die Zahl mit nur acht Personen dramatisch niedriger. Eine Erklärung hierfür ist die bessere Datengrundlage bei Credit Suisse, auf die wir uns in unserer Berechnung stützen. Demnach ist das Vermögen der Ärmere niedriger als bislang angenommen; gleichzeitig liegt deren Verschuldung höher als gedacht. Daher reduzierte sich der Anteil der unteren 50 Prozent am globalen Vermögen von 0,7 Prozent im Vorjahr auf nur 0,2 Prozent in diesem Jahr. Hätten diese Zahlen im vergangenen Jahr bei Credit Suisse bereits vorgelegen, hätte es in unseren Berechnung für 2015 heißen müssen, dass es lediglich das Vermögen der neun reichsten Personen braucht, um das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung aufzuwiegen. Das Ausmaß globaler Ungleichheit ist damit noch größer als bisher angenommen.*

## 2. URSACHEN SOZIALER UNGLEICHHEIT

Extreme Ungleichheit von Vermögen und Einkommen ist nicht zufällig entstanden. Sie sind die Folge eines einseitigen Marktgläubens, einer verfehlten Unternehmenspolitik, sowie der Ermöglichung von Steuerflucht für Konzerne und Besitzer/-innen großer Vermögen.

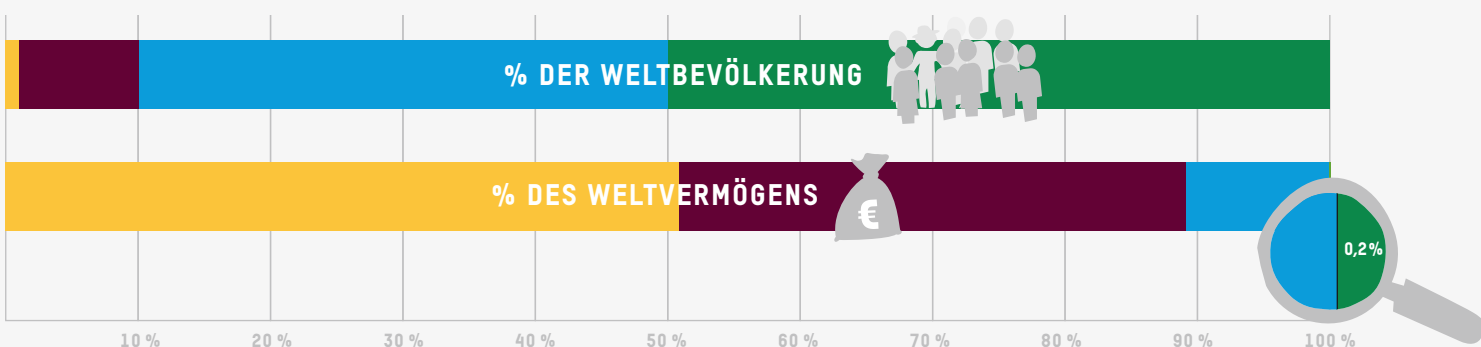
### Falsche Annahmen

Zu den Ursachen von Ungleichheit zählt eine Politik, die annimmt, dass der Markt Probleme grundsätzlich besser lösen könne als der Staat. Infolgedessen wurde die vormals öffentliche Versorgung mit Elektrizität, Wasser, Bildung und Gesundheitsleistungen in vielen Ländern (teil-)privatisiert und damit oftmals teurer. Der Zugang zu diesen Diensten ist jedoch ein soziales Menschenrecht, das nicht von Einkommen oder Vermögen abhängen darf.

Ebenso falsch ist zweitens die Annahme, dass Wirtschaftswachstum das Hauptziel politischen Handelns sein sollte. Diese Fixierung auf Wachstum blendet erstens die Verteilung des Wohlstands aus. Wirtschaftswachstum allein sagt nichts über die Verteilung des gewonnenen Wohlstands, und die Vergangenheit zeigt, dass die Verteilung der Erträge höchst ungleich ist. Zweitens ignoriert sie den Beitrag von Frauen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum gesellschaftlichen Wohlergehen. Gerade sie übernehmen zumeist unbezahlte – und damit in gängigen Modellen nicht

## WELTWEITE VERMÖGENSVERTEILUNG IM JAHR 2016<sup>9</sup>

- das reichste Prozent der Weltbevölkerung
- die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung (abzüglich des reichsten Prozents)
- die reichsten 50 Prozent der Weltbevölkerung (abzüglich der reichsten zehn Prozent und des reichsten Prozents)
- die ärmeren 50 Prozent der Weltbevölkerung



erfasste – Fürsorgearbeit für Kinder und pflegebedürftige Menschen.

Nicht zuletzt vernachlässigt das derzeitige Wirtschaftssystem die Kosten für die Umwelt. Von den Folgen des Klimawandels sind in Armut lebende Menschen in Ländern des Südens in besonderem Maße betroffen.

### Fehlgeleitete Unternehmenspolitik: Shareholder Value versus Löhne

Diese Fehlannahmen haben Anreize für eine Unternehmenspolitik mit verheerenden Auswirkungen gesetzt. Unternehmen sind ein zentraler Bestandteil der Wirtschaft und können einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wenn sie jedoch vor allem das Ziel verfolgen, eine möglichst hohe Rendite im Auftrag ihrer Anteilseigner/-innen zu erwirtschaften, erhöhen sie damit unmittelbar auch die soziale Ungleichheit.

Firmenanteile in relevantem Umfang besitzen vorrangig die Verdienener/-innen hoher Einkommen oder ohnehin Vermögende. Diese konnten in den vergangenen Jahren einen immer größeren Teil der Gewinne für sich verbuchen: In Großbritannien beispielsweise wurden 1970 gerade einmal 10 Prozent der Gewinne an Anteilseigner ausgeschüttet, heute sind es rund 70 Prozent.<sup>10</sup>

Das Geld, das in Gewinnausschüttungen fließt, fehlt an anderer Stelle, vor allem bei Löhnen und Investitionen. Zwar sind leitende Angestellte zunehmend an Gewinnen beteiligt – und so in die Shareholder-Orientierung eingebunden – die Löhne für einfache Angestellte und Produzent(inn)en stagnieren dagegen vielerorts. In den 1980er Jahren lag der Lohn von Kakaobäuerinnen und -bauern bei etwa 16 Prozent des Wertes einer Tafel Schokolade. Heute erhalten sie im Schnitt nur noch 6 Prozent.<sup>12</sup>

### Aggressive Steuervermeidung auf Kosten der Gesellschaft

Konzerne und reiche Einzelpersonen haben zudem die Möglichkeit, große Teile

ihres Vermögens und ihrer Gewinne einer gerechten Besteuerung zu entziehen und sich so aus der gesellschaftlichen Verantwortung zu stehlen. Dabei helfen ihnen ein undurchsichtiges Netz von Steueroasen, eine willfährige Steuervermeidungsindustrie und der ruinöse Steuerwettbewerb zwischen Staaten.

Steueroasen bieten einen Mix aus extrem niedrigen Unternehmenssteuersätzen, individuellen Steuervergünstigungen für Konzerne und Verschleierungsmöglichkeiten durch fehlende Transparenzvorgaben. 90 Prozent der 200 weltgrößten Konzerne haben Ableger in solchen Steueroasen.<sup>13</sup> Auch superreiche Einzelpersonen – die großen Absahner/-innen von Unternehmensgewinnen – haben Schätzungen zufolge mindestens 7,6 Billionen US-Dollar in Steueroasen angelegt. Ihren Heimatländern entgehen dadurch rund 190 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen pro Jahr.<sup>15</sup> Davon entfallen rund 14 Milliarden US-Dollar auf afrikanische Staaten. Dieser Betrag würde ausreichen, um eine Gesundheitsversorgung zu schaffen, mit der vier Millionen Kindern das Leben gerettet werden könnte,<sup>16</sup> und um genügend Lehrpersonal für alle afrikanischen Kinder einzustellen.<sup>17</sup>

Vor allem große multinationale Konzerne können ihre Gewinne zudem zwischen verschiedenen Ländern so verschieben, dass sie am Ende kaum noch Steuern zahlen. Wer denkt, das geschehe nur in der Karibik, liegt falsch. Der IT-Konzern Apple hat sich in Irland angesiedelt, weil er dort nur 0,005 Prozent – also lediglich 50 Euro auf eine Million Euro – Steuern auf seine Gewinne zahlen muss.<sup>18</sup> Diese Gewinne wurden zudem nur zum Teil in Irland erwirtschaftet.

Vielmehr wurden in Irland Verkaufserlöse aus Deutschland und anderen EU-Ländern, Afrika und Indien verbucht. Der deutsche Chemiekonzern BASF hat zwischen 2010 und 2014 schätzungsweise 923 Millionen Euro an Steuern durch Steuertricks in Belgien, Malta, den Niederlanden und



**Die höchsten Einkommen resultieren aus Vermögen. [...] Ein Konzernchef wie Dieter Zetsche bekommt jährlich gut zehn Millionen. Wenn Sie sich aber die Familie Quandt angucken, da haben die beiden Kinder in den letzten Jahren alleine mit ihren BMW-Anteilen ungefähr 800 Millionen Euro an Dividende kassiert – jedes Jahr!**

Elitenforscher Michael Hartmann  
im Freitag vom 31.08.2016<sup>14</sup>



Durch aggressive Steuervermeidung von Konzernen verlieren Entwicklungsländer jedes Jahr Einnahmen in geschätzter Höhe von mindestens 100 Milliarden US-Dollar.<sup>21</sup> In Kenia allein sind das rund 1,1 Milliarden US-Dollar im Jahr, rund das Doppelte der gesamten staatlichen Ausgaben für den Gesundheitssektor – in einem Land, in dem eine von 40 Frauen während der Geburt ihres Kindes ums Leben kommt.<sup>22</sup>

Konzerne haben es zudem geschafft, Regierungen von der Notwendigkeit deutlicher Steuersenkungen zu überzeugen. Betrug der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz der G20-Länder vor 25 Jahren noch 40 Prozent, liegt er heute unter 30.<sup>23</sup> Nun droht eine weitere Verschärfung dieses ruinösen Steuerwettlaufs: Die neue US-Regierung will die Steuern für Unternehmen drastisch senken, die britische Regierung plant im Rahmen ihres Austritts aus der Europäischen Union ebenfalls Steuersenkungen.<sup>24</sup> Es ist absehbar, dass andere Länder folgen werden.

der Schweiz vermieden.<sup>19</sup> Durch fragwürdige Geschäftsmodelle des – unter anderem die Modekette Zara betreibenden – Textilkonzerns Inditex in Irland, den Niederlanden und der Schweiz sind europäischen Staaten zwischen 2011 und 2014 geschätzte 585 Millionen Euro Steuereinnahmen entgangen.<sup>20</sup> Der Besitzer von Inditex, Amancio Ortega, war 2016 der zweitreichste Mann der Welt.

//

**Steuern sind ein Kostenfaktor. Im Interesse ihrer Anteilseigner strebt BASF im Rahmen der geltenden Gesetze die Reduzierung dieses Kostenfaktors an.**

Sprecherin von BASF  
zum Thema Steuervermeidung durch den Konzern im November 2016<sup>11</sup>



### 3. ZERSTÖRERISCHE FOLGEN SOZIALER UNGLEICHHEIT

Die Folgen extremer Ungleichheit sind gravierend – sowohl in Ländern des Nordens als auch des Südens: Ungleichheit ist ökonomisch unsinnig, behindert die Überwindung von Armut und untergräbt die Demokratie.

#### Ökonomisch kontraproduktiv

Das derzeitige Wirtschaftssystem erlaubt es den weltweit größten Konzernen, ihre Finanzmacht auszubauen und so ihre Vormachtstellung weiter abzusichern – ein Teufelskreis, der zulasten der Menschen und kleineren Unternehmen geht. Wenn Löhne dauerhaft niedrig sind, fehlt es letztlich an Nachfrage; wenn den Staaten fortwährend Steuereinnahmen zur Finanzierung wichtiger Infrastruktur fehlen, werden die Fundamente wirtschaftlichen Erfolgs untergraben.

#### Ein Hindernis für die Armutsbekämpfung

Die fehlende Überwindung von Ungleichheit behindert die Armutsbekämpfung. Zwar wurden in den vergangenen Jahren Erfolge bei der Bekämpfung extremer Armut erzielt: Zwischen 1990 und 2010 hat sich die Zahl der Menschen, die weltweit in extremer Armut leben, halbiert.<sup>26</sup> Aber wäre die Ungleichheit in vielen Entwicklungsländern in dieser Phase nicht gestiegen, wären also die Wachstumsgewinne gerechter verteilt worden, so hätte die extreme Armut um zwei Drittel gesenkt werden können.<sup>27</sup>

In den vergangenen Jahren wurde somit die Chance verpasst, weite Teile der bestehenden extremen Armut durch eine gerechtere Verteilung des Wohlstands zu überwinden – mittels einer fairen Besteuerung und einer gerechteren Ausgabenpolitik.<sup>28</sup> Noch immer leben 700 Millionen Menschen unter der absoluten Armutsgrenze von 1,90 US-Dollar am Tag. Die Weltbank stimmt zu, dass das Ziel, die extreme Armut bis zum Jahr 2030 zu überwinden, nicht ohne einen Abbau der weltweiten Ungleichheit erreicht werden kann.<sup>29</sup>

Ungleichheit führt auch in Ländern des Nordens dazu, dass Menschen, die in relativer Armut leben, also über wenig Vermögen und Einkommen verfügen, umso mehr unter fehlenden oder unzureichenden öffentlichen Bildungs- oder Gesundheitsangeboten leiden.<sup>30</sup> So wird soziale Mobilität gebremst, und Aufstiegschancen werden verbaut.

#### Politik für die Reich(st)en untergräbt die Demokratie

Ungleichheit führt nicht nur in eine soziale, sondern auch in eine politische Krise. Denn während die Armen nur über eine vergleichsweise schwache Lobby verfügen,<sup>31</sup> nutzen Konzerne und reiche Einzelpersonen

ihre sprudelnden Einnahmen, um das Handeln von Regierungen unmittelbar zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Auf diese Weise arbeiten vermögende Eliten daran, Strukturen aufzubauen, von denen sie maßgeblich selbst profitieren und heizen zugleich die Ungleichheitskrise weiter an.<sup>32</sup>

Die Einflussnahme der Eliten zugunsten ihrer eigenen Interessen droht die soziale Ungleichheit weiter zu vertiefen und unsere Gesellschaften weiter zu spalten. Durch die ungleiche Verteilung der Wohlstandsgewinne sehen sich viele um die Erträge ihrer Arbeit betrogen, von der Gesellschaft ausgegrenzt oder nicht anerkannt. Auf diese Weise verursacht soziale Ungleichheit Politikverdrossenheit und Abstiegsangst. Eben diese Entwicklung gilt als ein wesentlicher Grund sowohl für die Entscheidung für den „Brexit“, den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union,<sup>33</sup> als auch für den Wahlsieg Donald Trumps in den Vereinigten Staaten.<sup>34</sup> So ebnet der wachsende Unmut über Ungleichheit den populistischen Bewegungen unserer Zeit den Weg.

### 4. EIN WIRTSCHAFTSSYSTEM FÜR ALLE

Statt verschiedene Gruppen, die durch dieses System schlechter gestellt sind, gegeneinander auszuspielen, müssen wir Wohlstandsgewinne gerechter verteilen –

zum Wohle aller. Unsere vordringliche Aufgabe besteht darin, eine humanere Wirtschaftsordnung zu schaffen, die zu einer gerechteren und demokratischeren Gesellschaft beiträgt, anstatt die Grundlagen ihrer Legitimität zu schleifen. Grundzüge eines solchen Wirtschaftssystems sind:

- **Gleichberechtigte demokratische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe für alle**  
Verbesserungen durch eine neue Verteilung des bestehenden Wohlstands müssen zunächst vor allem Menschen in Armut überall auf der Welt zugutekommen, die bisher auf vielfältige Weise ausgeschlossen sind.
- **Eine humanere Wirtschaftsordnung ist rechtbasiert statt marktgerecht.**  
Märkte müssen in demokratische Strukturen eingebettet sein, die die erwirtschafteten Erträge gerecht verteilen.
- **Regierungen handeln untereinander kooperativ und verantwortlich im Sinne der breiten Mehrheit der Bevölkerung.**  
Durch verantwortungsvolles politisches Handeln kann Globalisierung zur Verwirklichung der sozialen Menschenrechte beitragen und Wohlstand verbreiten.
- **Gleichberechtigung von Frauen und die Anerkennung ihrer Arbeit**  
Eine gerechtere Wirtschaft ist ohne die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und darüberhinausgehend die Anerkennung von oftmals unbezahlter Arbeit sowie deren Neuverteilung nicht denkbar.
- **Anerkennung der Grenzen des Wachstums und der natürlichen Ressourcen**  
Um unseren Planeten für gegenwärtige und zukünftige Generationen zu bewahren, müssen wir das fossile Zeitalter beenden und nachhaltig wirtschaften.
- **Unternehmen arbeiten im Interesse einer großen Mehrheit.**  
An dem erwirtschafteten Wohlstand müssen alle beteiligt werden, die zu seiner Entstehung beigetragen haben. Durch ihren Steuerbeitrag beteiligen sich Unternehmen an der Finanzierung der auch von ihnen genutzten öffentlichen Infrastruktur. Arbeitende werden angemessen entlohnt.

## 5. MEHR GERECHTIGKEIT DURCH FAIRE STEUER- BEITRÄGE VON KONZERNEN UND SUPERREICHEN

Bei allen Unterschieden: Die extreme soziale Ungleichheit hat im globalen Norden wie Süden ähnliche Ursachen. Um die komplexen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme zu lösen, die mit extremer Ungleichheit einhergehen, brauchen wir ein Bündel an Maßnahmen. Mehr Verteilungsgerechtigkeit ist nur durch faire Löhne, höhere Investitionen in Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung sowie eine (Wirtschafts-)Politik im Interesse der gesamten Gesellschaft zu erreichen.

Ein weiteres Kernelement einer humaneren, soziale Ungleichheit reduzierenden Wirtschaftsordnung, von der alle profitieren, ist Steuergerechtigkeit. Multinationale Konzerne und reiche Einzelpersonen müssen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellen und ihren fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten. Wachsende Steuereinnahmen müssen dann von den Regierungen genutzt werden, um öffentliche Dienstleistungen auszubauen.

Die Regierungen müssen handeln und die aggressive Steuervermeidung durch Konzerne und reiche Einzelpersonen beenden. Dies gilt auch für die deutsche Bundesregierung. Gefragt ist neben Maßnahmen auf nationaler Ebene eine proaktive Haltung auf europäischer und globaler Ebene, um mit koordinierten, allen Ländern zugute-

kommenden Ansätzen die Steuervermeidung von Konzernen und reichen Einzelpersonen zu unterbinden. Dies bedeutet insbesondere

### 1 Konzerne in die Pflicht nehmen:

Der ruinöse Steuerwettbewerb nach unten muss durch weltweit geltende Mindeststeuersätze und die globale Einschränkung von Steuerbefreiungen für Konzerne gestoppt werden. Die Bundesregierung muss sich als größter EU-Staat und G20-Mitglied für internationale Abkommen gegen Steuerdumping einsetzen und in der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 ein entsprechendes Maßnahmenpaket erarbeiten. Die bisher vereinbarten Maßnahmen zur Unterbindung der Gewinnverlagerung von Konzernen reichen nicht aus.

### 2 Steueroasen austrocknen:

Wir brauchen wirkungsvolle Schwarze Listen von Steueroasen, die insbesondere auch Länder umfassen, die mit extrem niedrigen Steuersätzen für Konzerne den ruinösen Steuerwettbewerb anheizen und das Vermögen reicher Einzelpersonen einer gerechten Besteuerung entziehen. Diese müssen dann mit harten Sanktionen, wie zum Beispiel Strafsteuern, belegt werden. Die Bundesregierung muss sich auf EU- und G20-Ebene dafür einsetzen, dass bei den geplanten Schwarzen Listen von Steueroasen ungeschönte Maßstäbe angelegt werden.

### 3 Transparenz schaffen:

Bürger/-innen weltweit haben das Recht zu wissen, ob Konzerne und reiche Einzelpersonen einen fairen Beitrag zum Gemeinwohl leisten, oder ob sie sich mit Steuertricks aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stehlen. Konzerne müssen verpflichtet werden, für jedes Land öffentlich darzulegen, wieviel Gewinn sie erzielen und welche Steuern sie darauf zahlen (sog. öffentliche länderbezogene Berichterstattung).

Durch öffentliche Register über wirtschaftliches Eigentum müssen die wahren Besitzer/-innen von Firmen, Stiftungen und Trusts kenntlich gemacht und so die Voraussetzung für eine faire, progressive Besteuerung geschaffen werden. Die Bundesregierung muss beides auf nationaler Ebene einführen und entsprechende europäische Lösungen unterstützen.

Oxfam arbeitet gemeinsam mit anderen Organisationen und sozialen Bewegungen daran, ein Wirtschaftssystem zu schaffen, von dem nicht nur das reichste Prozent profitiert, sondern das auch den 99 Prozent zugutekommt. Wir unterstützen Graswurzelbewegungen und Aktivist/-innen, die sich in Ländern des globalen Südens gegen Ungleichheit einsetzen.

Kinder in der Solav Grundschule in Jalawla, 2016, Jalawla/Irak. © Abbie Trayler-Smith



## REFERENZEN UND ANMERKUNGEN

- 1 Oxfam International (2017): An Economy for the 99%, <http://oxfam.de/economy-99-percent>.
- 2 Die Vermögensangaben entstammen der Forbes-Liste „The World’s Billionaires“ für 2016, <http://www.forbes.com/sites/kerenblankfeld/2016/03/01/forbes-billionaires-full-list-of-the-500-richest-people-in-the-world-2016/#10a1d6276c24>.
- 3 Credit Suisse (2016): Global Wealth Databook 2016, Zürich, <http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?fileid=AD6F2B43-B17B-345E-E20A1A254A3E24A5>.
- 4 D. Hardoon, S. Ayele and R. Fuentes-Nieva (2016): An Economy for the 1 %: How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped, Oxford: Oxfam, [https://www.scribd.com/doc/295120053/An-Economy-For-the-1-How-privilege-and-power-in-the-economy-drive-extreme-inequality-and-how-this-can-be-stopped#full-screen&from\\_embed](https://www.scribd.com/doc/295120053/An-Economy-For-the-1-How-privilege-and-power-in-the-economy-drive-extreme-inequality-and-how-this-can-be-stopped#full-screen&from_embed).
- 5 D. Hardoon, S. Ayele (2016): Methodology note to accompany 'An Economy for the 1 %', Oxford: Oxfam, <http://policy-practice.oxfam.org.uk/publications/an-economy-for-the-1-how-privilege-and-power-in-the-economy-drive-extreme-inequ-592643>.
- 6 Nur 9,9 Prozent des Einkommenswachstums entfielen auf die unteren 50 Prozent der Einkommensbezieher/-innen weltweit. 12 Prozent des Einkommenswachstums gingen an das oberste Prozent der Einkommensbezieher/-innen. D. Hardoon, S. Ayele, R. Fuentes Nieva (2016). op.cit. Berechnungen basieren auf der World Wealth and Income Database, <http://wid.world/>.
- 7 Alle Zahlen entstammen Credit Suisse (2016) op. cit.
- 8 D. Spannagel (2016): Soziale Mobilität nimmt weiter ab. WSI Verteilungsbericht 2016. [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_wsi\\_report\\_31\\_2016.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_31_2016.pdf).
- 9 Eigene Darstellung nach Credit Suisse (2016) op. cit.
- 10 The Purpose of the Corporation Project website: Behind the Purpose of the Corporation infographic, <http://www.purposeofcorporation.org/en/news/5009-behind-the-purpose-of-the-corporation-infographic>.
- 11 Siehe hierzu <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/steuerflucht-von-konzernen-wie-basf-steuern-drueckt-1.3237977>.
- 12 Make Chocolate Fair website: <https://makechocolatefair.org/issues/cocoa-prices-and-income-farmers-0>.
- 13 D. Hardoon, S. Ayele and R. Fuentes-Nieva (2016), op. cit. S. 5.
- 14 F. Werdermann (2016): Spitzenmanager sind da nur arme Schlucker. Interview mit Elitenforscher Micheal Hartmann, Der Freitag vom 31.08.2016, <https://www.freitag.de/autoren/felix-werdermann/spitzenmanager-sind-da-nur-arme-schlucker>.
- 15 G. Zucman (2014): Taxing Across Borders: Tracking Personal Wealth and Corporate Profits, Journal of Economic Perspectives, <http://gabriel-zucman.eu/files/Zucman2014JEP.pdf>.
- 16 Laut WHO-Berechnung könnte durch jährliche Gesundheitsinvestitionen in Höhe von 8,7 Milliarden US-Dollar in 46 afrikanischen Ländern rund vier Millionen Kindern pro Jahr das Leben gerettet werden. World Health Organization, The Partnership for Maternal, Newborn and Child Health and the University of Washington (2014): Investment Framework for Women’s and Children’s Health in Africa, Genf, [http://www.who.int/pmnch/media/news/2014/aif\\_report.pdf?ua=1](http://www.who.int/pmnch/media/news/2014/aif_report.pdf?ua=1).
- 17 Laut UNESCO-Schätzung könnten mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 5,2 Milliarden US-Dollar die notwendigen zusätzlichen Lehrkräfte in den Ländern Afrikas südlich der Sahara bezahlt werden, damit jedes Kind zur Schule gehen kann. UNESCO (2014): Wanted: Trained Teachers to Ensure Every Child’s Right to Primary Education, Paris, <http://unesdoc.unesco.org/images/0022/002299/229913E.pdf>.
- 18 L. Browning and D. Kocieniewski (2016, September 1): Pinning Down Apple’s Alleged 0.005 % Tax Rate Is Nearly Impossible, Bloomberg Technology (website), <https://www.bloomberg.com/news/articles/2016-09-01/pinning-down-apple-s-alleged-0-005-tax-rate-mission-impossible>.
- 19 European Greens (2016): Toxic Tax Deals. When BASF’s Tax Structure Is More About Style Than Substance, <http://www.greens-efa.eu/legacy/fileadmin/dam/Documents/Studies/Taxation/ToxicTaxDealsVF2.pdf>.
- 20 European Greens (2016): Tax Shopping. Exploring Zara’s Tax Avoidance Business, [http://www.global-taxjustice.org/sites/default/files/TAX\\_SHOPPING\\_-\\_Greens-EFA\\_report\\_on\\_Inditex\\_-\\_08\\_12\\_2016.pdf](http://www.global-taxjustice.org/sites/default/files/TAX_SHOPPING_-_Greens-EFA_report_on_Inditex_-_08_12_2016.pdf).
- 21 E. Crivelli, R. De Mooij and M. Keen (2015): Base Erosion, Profit Shifting and Developing Countries, IMF Working Paper, WP/15/118, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15118.pdf>.
- 22 Tax Justice Network (2015): Tax Competition in East Africa. A Race to the bottom? International Budget Partnership (2016): Kenya Analysis of Budget Policy Statement (2016): <http://www.internationalbudget.org/wp-content/uploads/kenya-2016-budget-policy-statement-analysis.pdf>.
- 23 E. Berkhout (2016): Tax Battles: The dangerous global race to the bottom on corporate tax, Oxfam, <https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp-race-to-bottom-corporate-tax-121216-en.pdf>.
- 24 Zu den Steuerplänen des zum 45. US-Präsidenten gewählten Donald Trump siehe <https://www.donaldjtrump.com/policies/tax-plan/> und zu geplanten Steuersenkungen in Großbritannien siehe <http://www.sueddeutsche.de/politik/grossbritannien-ruinoeser-wettbewerb-1.3259390>.
- 25 The White House (2016): Address by President Obama to the 71st Session of the United Nations General Assembly, September 20, <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2016/09/20/address-president-obama-71st-session-united-nations-general-assembly>.
- 26 Vereinte Nationen (2015): The Millennium Development Goals Report 2015, New York, <http://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/mdg/the-millennium-development-goals-report-2015.html>.
- 27 C. Hoy und E. Samman (2015): What if Growth had been as Good for the Poor as Everyone Else?, London: Overseas Development Institute (ODI), <http://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/9655.pdf>.
- 28 C. Hoy and A. Sumner (2016): Gasoline, Guns, and Giveaways: Is There New Capacity for Redistribution to End Three Quarters of Global Poverty?, Center for Global Development Working Paper 433, <http://www.cgdev.org/sites/default/files/gasoline-guns-and-giveaways-end-three-quarters-global-poverty-0.pdf>.
- 29 World Bank (2016): Poverty and Shared Prosperity 2016: Taking on Inequality, Washington, DC: World Bank, doi:10.1596/978-1-4648-0958-3, <http://www.worldbank.org/en/publication/poverty-and-shared-prosperity>.
- 30 D. Spannagel (2016) op. cit.
- 31 Deutschlandfunk (2016): Armut in Deutschland. Die Bedürftigen ohne Lobby, [http://www.deutschlandfunk.de/armut-in-deutschland-die-beduerftigen-ohne-lobby.724.de.html?dram:article\\_id=373877](http://www.deutschlandfunk.de/armut-in-deutschland-die-beduerftigen-ohne-lobby.724.de.html?dram:article_id=373877).
- 32 D. Meadows (2008): Thinking in Systems: A Primer, edited by Dianna Wright, Chelsea Green Publishing, White River Junction, p. 156.
- 33 Financial Times (2016): City of London elite blame inequality for Brexit, <https://www.ft.com/content/e7c27ef0-3ba9-11e6-9f2c-36b487ebd80a>.
- 34 G. Packer (2016, October 31): Hillary Clinton and the Populist Revolt, The New Yorker, [http://www.newyorker.com/magazine/2016/10/31/hillary-clinton-and-the-populist-revolt?utm\\_campaign=Brookings+Brief&utm\\_source=hs\\_email&utm\\_medium=email&utm\\_content=36692643](http://www.newyorker.com/magazine/2016/10/31/hillary-clinton-and-the-populist-revolt?utm_campaign=Brookings+Brief&utm_source=hs_email&utm_medium=email&utm_content=36692643).

## IMPRESSUM

Oxfam Deutschland e. V. ist eine unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation. Im internationalen Oxfam-Verband setzen sich 19 Oxfam-Organisationen mit rund 3000 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern als Teil einer globalen Bewegung für eine gerechte Welt ohne Armut ein.

### Herausgeber

Oxfam Deutschland e. V.  
Januar 2017  
V.i.S.d.P.: Marion Lieser

Oxfam Deutschland e. V.  
Am Kölnischen Park 1  
10179 Berlin  
Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0  
E-Mail: info@oxfam.de

Deutsche Zusammenfassung und Ergänzung des Kampagnenreports „An Economy for the 99%. It's time to build a human economy that benefits everyone, not just the privileged few“; vollständiger Text unter:  
<http://oxfam.de/economy-99-percent>

### Konzeption und Übersetzung

Ellen Ehmke und Tobias Hauschild

### Redaktion

Charlotte Becker, Jörn Kalinski, Nikolai Link

### Layout

Marischka Lutz, [www.marischkalutz.de](http://www.marischkalutz.de)

[www.oxfam.de](http://www.oxfam.de)

Oxfam deckt Missstände auf.  
Bitte unterstützen Sie unsere wichtige  
Kampagnenarbeit mit Ihrer Spende!

Oxfam Deutschland e.V.  
Spendenkonto:  
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00  
BIC: BFSWDE33XXX  
Bank für Sozialwirtschaft  
Konto: 80 90 500 BLZ: 370 205 00  
Stichwort: KAMPAGNEN  
[www.oxfam.de/spenden](http://www.oxfam.de/spenden)



Oxfams Arbeit zu diesem Thema wird von der Europäischen Union finanziell unterstützt. Für den Inhalt dieses Reports ist allein Oxfam Deutschland e. V. verantwortlich.



**OXFAM**  
Deutschland